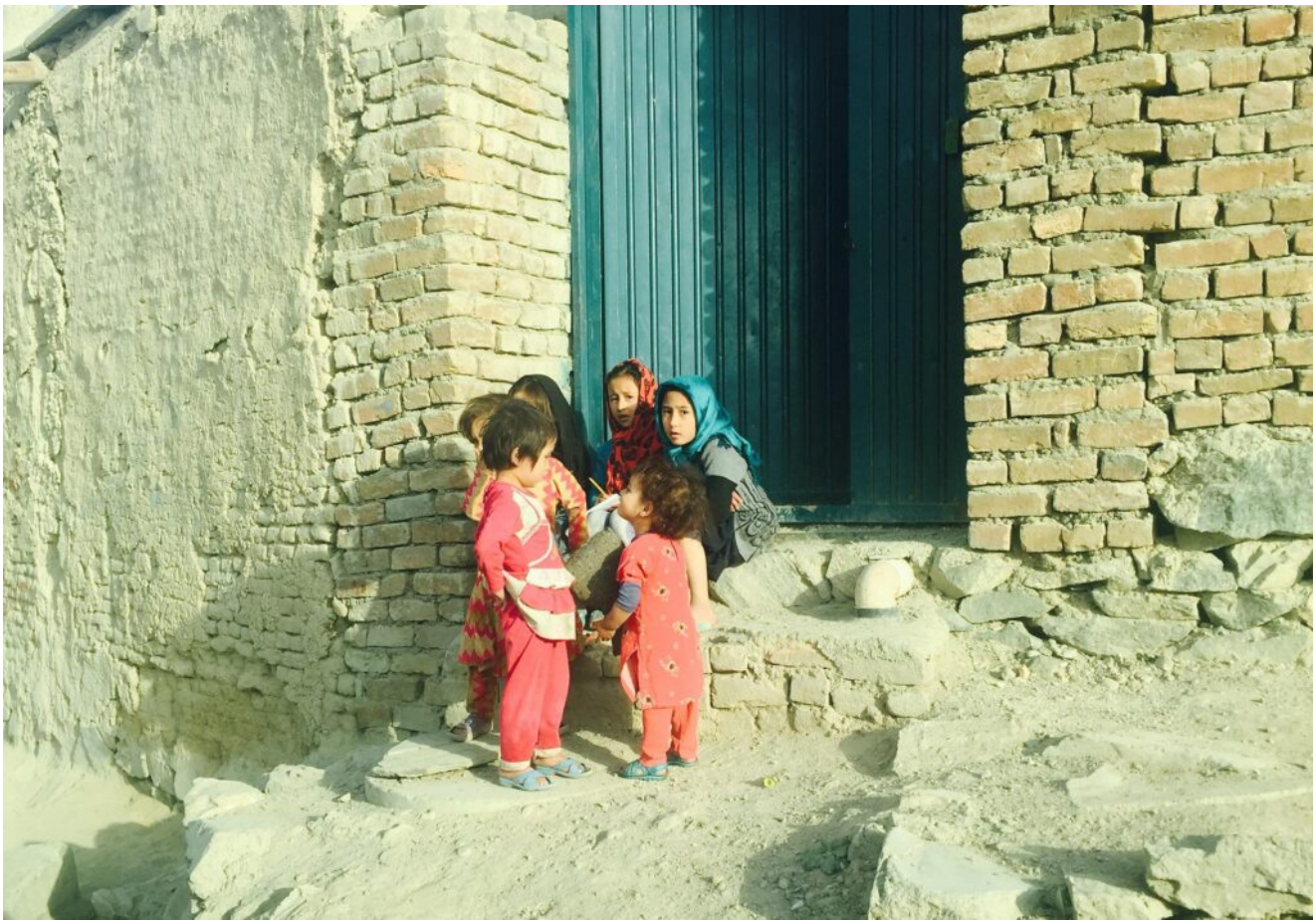
Amnesty kritisierte Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan

15. August 2022



Berlin (KNA) Die Hilfsorganisation Amnesty International (AI) hat schwere Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan kritisiert. Ein am Montag veröffentlichter Bericht der Organisation dokumentiert zudem eine weit verbreitete Straflosigkeit für Verbrechen wie Folter, Morde aus Vergeltung und Vertreibungen von Minderheiten seit der Machtergreifung der Taliban.

Deutschland und andere Nato-Staaten hatten vor gut einem Jahr Afghanistan verlassen. Am 15. August 2021 eroberten die Taliban nahezu kampflos die Hauptstadt Kabul.

Die Recherchen von Amnesty International zeigen demnach, dass die Sicherheitskräfte der Taliban exzessiv Gewalt anwenden, um das Verbot friedlicher Proteste durchzusetzen. In mehreren Großstädten hätten sie friedliche Proteste aufgelöst, indem sie auf unbewanete Demonstrierende einschlugen und schossen. Auch Menschenrechtsverteidiger und Aktivisten der Zivilgesellschaft seien ins Visier geraten. Die Taliban schikanierten, bedrohten, inhaftierten und töteten zahlreiche Personen allein aufgrund deren Menschenrechtsarbeit,

heißt es.

Zudem gingen die Taliban gegen die Pressefreiheit vor. Am 19. September 2021 habe das dortige Medien- und Informationszentrum eine Anordnung mit vagen Formulierungen erlassen, die es Journalisten verbiete, Inhalte zu veröffentlichen, die „dem Islam widersprechen“ oder „nationale Persönlichkeiten beleidigen“. Im vergangenen Jahr seien mehr als 80 Journalisten festgenommen und gefoltert worden, weil sie über friedliche Proteste berichteten.

Wenige Wochen nach der Machtübernahme durch die Taliban seien Berichte über rechtswidrige Vertreibungen von nicht-paschtunischen Afghanen aus ihren Häusern und von ihren Farmen bekannt geworden, so der Bericht. Solche Enteignungen – insbesondere von Hazaras, Turkmenen und Usbeken – seien aus dem ganzen Land gemeldet worden, unter anderem aus den Provinzen Balkh, Helmand, Daikundi, Kandahar und Uruzgan.

Amnesty International fordert die Taliban auf, ihre schweren Menschenrechtsverletzungen und völkerrechtlichen Verbrechen sofort zu beenden. Als De-facto-Regierung von Afghanistan müssten die Taliban dringend die Rechte der Bevölkerung wiederherstellen, schützen und fördern. Um eine weitere Verschärfung der Menschenrechtskrise in Afghanistan zu verhindern, müsse die internationale Gemeinschaft wirksame Maßnahmen ergreifen, um die Taliban für die begangenen Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen.

© KNA

Beitragsbild: chillervirus via pixabay.com

Stand: 17. November 2026